



Frau Bundeskanzlerin

Ergebnisse aus der Meinungsforschung

Wochenbericht KW 31
05.08.2016

<i>forsa</i>	<i>Emnid</i>	<i>infratest dimap</i>
--------------	--------------	------------------------

Wähleranteile:	Union bei 35 % bzw. 34 %, SPD bei 23 % bzw. 22 %
----------------	--

Wirtschaft:	Pessimistische Erwartungen überwiegen
-------------	---------------------------------------

Allgemeine Lebenslage:	Hohe Zufriedenheit mit der Lebensqualität in Deutschland
------------------------	--

Themen Bundesregierung:	Flüchtlingspolitik, Terrorismus (IS)
-------------------------	--------------------------------------

Flüchtlinge:	Sorge über Flüchtlingsaufnahme in Deutschland deutlich gestiegen Bürger sehen kurz- wie auch langfristig eher Nachteile und auch weiterhin eher keine Fortschritte bei der Bewältigung der Krise
--------------	--

Wichtigste Themen:	Politische Situation in der Türkei allgemein, Militärputsch Terroranschläge/Anschläge in Würzburg, München und Ansbach
--------------------	---

Anlage:	Zeitreihen
---------	------------

Wähleranteile

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern	Emnid¹ für BamS	infratest dimap² für ARD
CDU/CSU	35 (-)	34 (-1)	34 (-)
SPD	23 (+1)	22 (-1)	22 (-)
FDP	6 (-)	6 (+1)	5 (-1)
DIE LINKE	9 (-)	10 (+1)	9 (-)
B'90/Grüne	12 (-1)	12 (+1)	13 (-)
AfD	9 (-)	11 (-1)	12 (-)
Sonstige	6 (-)	5 (-)	5 (+1)
Erhebungszeitraum	25.-29.07.	28.07.-03.08.	01.-03.08.

Die Union liegt bei forsa 12 (-1), bei Emnid 12 (-) und bei infratest dimap 12 (-) Prozentpunkte vor der SPD.

Kanzlerpräferenz

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern
Merkel	46 (-1)
Gabriel	15 (-)
Erhebungszeitraum	25.-29.07.

Angela Merkel liegt bei der Kanzlerpräferenz 31 (-1) Prozentpunkte vor Sigmar Gabriel.

85 % (+1) der CDU-Anhänger präferieren Merkel und 4 % (-) Gabriel. Von den CSU-Anhängern würden sich 69 % (-6) für Merkel und 6 % (+1) für Gabriel entscheiden.

43 % (+7) der SPD-Anhänger präferieren Gabriel und 34 % (+3) Merkel.

¹ Sperrfrist bis zur Veröffentlichung in der Bild am Sonntag (07.08.2016)

² im Vergleich zum letzten ARD-DeutschlandTREND / KW 27

Problemlösungskompetenz

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern	
CDU/CSU	26	(-)
SPD	7	(-1)
sonstige Parteien	8	(-2)
keine Partei	59	(+3)
Erhebungszeitraum	25.-29.07.	

Bei der politischen Kompetenz, die gegenwärtigen Probleme in Deutschland zu lösen, liegt die Union 19 (+1) Prozentpunkte vor der SPD.

59 % (+3) trauen die Lösung der Probleme keiner Partei zu.

65 % (+3) der Unionsanhänger meinen, dass die eigene Partei mit den Problemen in Deutschland am besten fertig wird, bei den SPD-Anhängern sagen dies 32 % (+6) von ihrer Partei.

Langfristige Erwartungen für die Wirtschaft

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern	
besser	18	(-)
schlechter	41	(-3)
unverändert	36	(+1)
Erhebungszeitraum	25.-29.07.	

Die langfristigen Wirtschaftserwartungen haben sich im Vergleich zur Vorwoche leicht verbessert.

Der Anteil der Bevölkerung, der mit einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland in den kommenden Jahren rechnet, liegt um 23 (-3) Prozentpunkte höher als der Anteil, der von einer Verbesserung ausgeht.

Entwicklung im Land

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 28

Die Dinge entwickeln sich ...	forsa für BPA
eher in die richtige Richtung	38 (-6)
eher in die falsche Richtung	52 (+5)
Erhebungszeitraum	25.-29.07.

Anhänger der Union (55 %), der Grünen (49 %) und der SPD (47 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass die Entwicklung im Land eher in die richtige Richtung geht. Dieser Meinung sind Personen mit hoher formaler Bildung häufiger als Personen mit einfacher formaler Bildung (45 % zu 27 %) und Gutverdiener häufiger als Geringverdiener (45 % zu 25 %).

Für Ostdeutsche (61 %) und 45- bis 59-Jährige (58 %) sowie für Anhänger der AfD (90 %), der FDP (64 %) und der Linkspartei (61 %) geht die Entwicklung überdurchschnittlich oft eher in die falsche Richtung.

Zufriedenheit in Lebens- und Problembereichen

forsa für BPA, Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 28

Wie zufrieden sind Sie ...?	(sehr) zufrieden	weniger bzw. gar nicht zufrieden
mit der Lebensqualität in Deutschland	87 (+1)	13 (-1)
mit der Lage am Arbeitsmarkt	68 (+1)	24 (-3)
mit dem Schul- und Bildungssystem in Deutschland	49 (+1)	46 (-2)
mit dem Schutz vor Gewalt und Kriminalität	47 (+2)	52 (-2)
mit der Finanzlage der öffentlichen Haushalte	39 (+2)	53 (-4)
mit dem Umgang mit Flüchtlingen und Asylbewerbern	37 (-4)	56 (+3)
mit dem Ausmaß sozialer Gerechtigkeit	35 (+1)	63 (-2)
mit der Sicherung der Altersversorgung in Deutschland	33 (+3)	64 (-3)
mit der Integration von Zuwanderern und Ausländern	30 (-3)	65 (+3)
Erhebungszeitraum	25.-29.07.	

Jeweils eine Mehrheit der Bundesbürger in Deutschland zeigt sich mit der Lebensqualität (87 %) und der Lage am Arbeitsmarkt (68 %) (sehr) zufrieden. In sechs von neun Bereichen ist die Bevölkerung hingegen mehrheitlich weniger oder gar nicht zufrieden.

Anhänger der Grünen (67 %), der Linkspartei (58 %) und der Union (53 %) sind überdurchschnittlich oft (sehr) zufrieden mit dem Schutz vor Gewalt und Kriminalität. Unter 30-Jährige sind häufiger (sehr) zufrieden als über 60-Jährige (59 % zu 37 %), Personen mit hoher formaler Bildung häufiger als Personen mit einfacher formaler Bildung (55 % zu 28 %) und Gutverdiener häufiger als Geringverdiener (54 % zu 36 %). Ostdeutsche (66 %) und Anhänger der AfD (86 %) sind überdurchschnittlich oft weniger bzw. gar nicht zufrieden.

Unter 30-Jährige, Geringverdiener (jew. 64 %) und Ostdeutsche (61 %) sowie Anhänger der AfD (86 %) und der Linkspartei (65 %) sind überdurchschnittlich oft unzufrieden mit dem Umgang mit Flüchtlingen und Asylbewerbern. Auch mit der Integration von Zuwanderern und Ausländern sind Anhänger der AfD (81 %) und Ostdeutsche (71 %) sowie 30- bis 44-Jährige (70 %) überdurchschnittlich oft unzufrieden.

Wahrnehmung von Themen der Bundesregierung

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 28

	forsa für BPA	
Flüchtlinge/Flüchtlingspolitik	25	(+4)
Terrorismus (Islamismus/IS)	11	(+9)
Ausländer/Integration	8	(-)
Rente, Rentenpolitik	7	(+4)
Innere Sicherheit	6	(+4)
"Brexit", Austritt Großbritanniens aus der EU	4	(-7)
Verhältnis zur Türkei	3	(+2)
Verschärfung des (Sexual-) Strafrechts	3	(-7)
Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP)	3	(-1)
Erhebungszeitraum	25.-29.07.	

Die Flüchtlingspolitik und der Terrorismus des IS sind die Themen, die die Deutschen in den vergangenen Wochen von der Bundesregierung am ehesten wahrgenommen haben.

Die Flüchtlingspolitik wird überdurchschnittlich häufig von Anhängern der Grünen (38 %) und der AfD (34 %) genannt. Ostdeutsche (16 %) und Personen mit mittlerer formaler Bildung (20 %) beschäftigen sich unterdurchschnittlich oft mit der Flüchtlingspolitik.

Machen Sie sich Sorgen, dass so viele Flüchtlinge nach Deutschland kommen?

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 29

	Emnid für BPA	
mache mir Sorgen	56	(+6)
mache mir keine Sorgen	40	(-8)
Erhebungszeitraum	26.07.-02.08.	

Ostdeutsche (69 %) und Anhänger der AfD (100 %) machen sich überdurchschnittlich oft Sorgen, dass so viele Flüchtlinge nach Deutschland kommen.

Über 60-Jährige machen sich mehr Sorgen darüber als unter 30-Jährige (64 % zu 41 %) und Personen mit einfacher formaler Bildung mehr als Personen mit hoher formaler Bildung (65 % zu 44 %).

Anhänger der Grünen (61 %), der SPD (56 %) und der Linkspartei (48 %) machen sich überdurchschnittlich oft keine Sorgen.

Hat die Aufnahme von Flüchtlingen kurzfristig bzw. langfristig für Deutschland ...?

Emnid für BPA, Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 29

	kurzfristig		langfristig	
eher Vorteile	5	(-3)	19	(-3)
eher Nachteile	60	(+11)	37	(+5)
Vor- und Nachteile gleichen sich in etwa aus	27	(-11)	35	(-4)
Erhebungszeitraum	26.07.-02.08.			

Kurzfristig sehen Männer und Personen mit einfacher formaler Bildung (jew. 65 %) sowie Anhänger der AfD (92 %) überdurchschnittlich oft eher Nachteile in der Aufnahme von Flüchtlingen.

Auch langfristig sehen besonders häufig Anhänger der AfD (91 %) und Personen mit einfacher formaler Bildung (47 %) eher Nachteile. Hingegen sehen 30- bis 39-Jährige (32 %) und Personen mit hoher formaler Bildung (31 %) sowie Anhänger der Grünen, der Linkspartei (jew. 35 %) und der Union (25 %) überdurchschnittlich oft eher Vorteile.

Unter 30-Jährige sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass sich Vor- und Nachteile eher ausgleichen (kurzfristig: 37 %, langfristig: 44 %). Auch die Anhänger der SPD meinen das (kurzfristig: 44 %, langfristig: 46 %).

Kommt die Bundesregierung bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise ...?

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 29

	Emnid für BPA	
eher voran	22	(-5)
eher nicht voran	69	(+3)
Erhebungszeitraum	26.07.-02.08.	

Unter 30-Jährige (28 %) sowie Anhänger der Union und der Grünen (jew. 35 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass die Bundesregierung bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise eher vorankommt. Personen mit hoher formaler Bildung sind eher dieser Meinung als Personen mit einfacher formaler Bildung (32 % zu 14 %).

Hingegen meinen insbesondere 30- bis 39-Jährige und Personen mit mittlerer formaler Bildung (jew. 75 %) sowie Anhänger der AfD (94 %) und der Linkspartei (76 %), dass die Bundesregierung bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise eher nicht vorankommt.

Wichtigste Themen

Angaben in Prozent

	infratest dimap für BPA
Politische Situation in der Türkei allgemein, Militärputsch	39 (+27)
Terroranschläge/Anschläge in Würzburg, München und Ansbach	38 (-30)
Flüchtlingsströme/Europäische Einwanderungspolitik	27 (+11)
Ausländer in Deutschland, Zuwanderungs-, Asylpolitik	5 (-2)
Erhebungszeitraum	01.-02.08.

Die Bundesbürger beschäftigen sich in dieser Woche am meisten mit zwei Themen: der allgemeinen politischen Situation in der Türkei bzw. dem Militärputsch und den Terroranschlägen in Würzburg, München und Ansbach.

Die Anhänger aller Parteien außer der AfD nennen die allgemeine politische Situation in der Türkei bzw. den Militärputsch überdurchschnittlich oft (SPD: 56 %, Grüne: 52 %, FDP: 48 %, Linkspartei: 47 %, Union: 46 %, AfD: 27 %). Über 65-Jährige nennen das Thema häufiger als unter 35-Jährige (45 % zu 30 %) und Gutverdiener häufiger als Geringverdiener (47 % zu 31 %).

Anhänger der Linkspartei und der AfD (jew. 39 %) sowie Anhänger der Grünen (35 %) nennen die Flüchtlingsströme bzw. die europäische Einwanderungspolitik besonders häufig.

















